

Freies Wort

Ressort Hildburghausen Lokal

Erschienen am 05.01.2010 00:00

Stadtrat

Eine Million für Alumnat ja, aber ...

Geld ist im Haushalt 2010 eingestellt, doch noch sind Fragen offen

Von Karin Schlütter

Schleusingen - Die Zukunft des Hennebergischen Gymnasiums "Georg Ernst" soll unter anderem durch die Profilierung auf dem Gebiet der Medienausbildung gesichert werden. Viele Weichen, die Attraktivität der Traditionsschule zu erhöhen, sind bereits gestellt. Seit mehr als drei Jahren ist die Stiftung in Aktion. An der Schule wurden mit dem Medienzentrum Henneberger Land ein Fernsehstudio aufgebaut und Internetfernsehen installiert. Eng wird mit dem Hildburghäuser Bildungszentrum e.V. (HBZ) und der TU Ilmenau zusammengearbeitet. Erste Zertifikate zur Medienausbildung wurden an Schüler des Gymnasiums bereits feierlich übergeben.

Nun soll das nächste Etappenziel angesteuert werden und schrittweise auswärtige Jugendliche die Chance erhalten, diese Ausbildung in Anspruch zu nehmen. Anfragen dazu würden bereits vorliegen, so Stiftungsvorstand Andreas Butz und zweiter Vorstand Kai Michaelis in einem Schreiben an die Stadträte. Das staatliche Schleusinger Gymnasium soll mit dem HBZ als Betreiber und der Stiftung als Koordinator ein privat betriebenes Alumnat (Internat) erhalten. So soll es auch Mädchen und Jungen außerhalb des Einzugsbereichs der Schule ermöglicht werden, das Ganztagsangebot anzunehmen.

Stadt unterstützt Stiftung

Die Stadt hat das Gebäude des ehemaligen Mädcheninternats in der Georg-Neumark-Straße bereits in das Vermögen der Stiftung überführt und damit schon einen entscheidenden Meilenstein gesetzt. Nun hat Schleusingen signalisiert, dass es auf Bitte der Stiftung mit einer Million Euro den Umbau und die Sanierung des Gebäudes unterstützt. Die Stiftung selbst, heißt es in dem Schreiben, sei nicht in der Lage, dies alleine zu schultern. Doch das Ausbildungsprofil und das Alumnatsangebot müssten aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen parallel entwickelt werden.

Die eine Million Euro ist im Haushalt der Stadt eingestellt. die Modalitäten sind mit der Rechtsaufsichtsbehörde im Landratsamt ohne Beanstandungen besprochen worden. Eigentlich sollte der Beschluss über die Bewilligung der Zuwendung für die Stiftung Hennebergisches Gymnasium Schleusingen in der letzten Stadtratssitzung 2009 (15. Dezember) gefasst werden. Doch dazu kam es (noch) nicht. Denn der CDU-Fraktionschef Andreas Mastaler wollte noch einige Fragen geklärt haben.

"Brauchen Rechtssicherheit!"

Vor dem Beschluss sollte dem Stadtrat eine Vorplanung vorliegen. "Wir müssen wissen, ob das Vorhaben bei Reduzierung der bisher geplanten Kosten von 1,8 Millionen Euro auf eine Million Euro noch machbar ist", forderte er. Außerdem sollte der komplette Zuwendungsbescheid mit allen Randbedingungen durch die Kommunalaufsicht geprüft werden und diese Stellungnahme dem Stadtrat schriftlich vorliegen. "Die Stadträte sollten bei solch einer Summe und eines solchen Vorhabens Rechtssicherheit haben, da sie auch in der rechtlichen Verantwortung stehen", begründete er die Forderung der CDU. Außerdem sollte klar festgelegt werden, dass der Zuschuss von einer Million Euro die Obergrenze ist. Das schaffe auch für die Stiftung klare Richtlinien. Immerhin schränke der hohe Zuschuss den finanziellen Spielraum der Stadt erheblich ein. Klar geregelt werden müsse auch, dass die Gelder für die Sanierung des Alumnats als Sach- und Sanierungsleistungen und nicht für anderweitige Stiftungszwecke verwendet werden.

Auch Rückfallklauseln will die CDU-Fraktion festgeschrieben wissen. Zum Einen müsse das Gebäude, sollte die Sanierung abgebrochen oder es nicht für den Alumnatsbetrieb genutzt werden, wieder in das Eigentum der Stadt überführt werden.

Die erste Rückfallklausel, so müsse ebenfalls klar sein, greife bei einer Auflösung der Stiftung. Die Stadt fördere das Alumnat zur Erhaltung des Gymnasiums, aber keine anderweitige Fremdnutzung mit wirtschaftlichem Hintergrund, hieß es.

Erst wenn diese Bedingungen Bestandteil des Zuwendungsbescheids seien, sollte der Stadtrat zustimmen, schlug die CDU-Fraktion vor. Dem folgten die Fraktionen und vertagten den Beschluss auf die nächste Sitzung, voraussichtlich am 9. Februar.

artikel merken

[← Zurück](#)[🖨 Drucken](#) [💾 Speichern](#) [✉ Versenden](#)[Nach Oben ↑](#)

Kommentare zum Artikel

Zu diesem Artikel sind keine Beiträge vorhanden.

Um Beiträge schreiben zu können, müssen Sie eingeloggt sein!

[Login/-out](#)Benutzername: Passwort: Login über Cookie merken